

Mittwoch, 06. November 2019, Münchner Merkur - Stadt / Bayern & Region

Gewaltfälle sollen erfasst werden

Abgeordnete fordern aktuelle Statistik von der Staatsregierung

München – Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst soll künftig genauer erfasst werden. Das haben die Abgeordneten im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes gestern beschlossen. Sie fordern die Staatsregierung auf, für das kommende Jahr wieder eine Statistik über Fälle von Gewalt im öffentlichen Dienst vorzulegen – diesmal auch mit Zahlen aus dem Kultusministerium, das bei der letzten Erhebung keine Daten geliefert hatte. „Wir wollen wissen, ob sich die Zahl der Fälle weiter erhöht hat, aber auch, ob sich der Umgangston verschärft hat“, sagt Wolfgang Fackler von der CSU. Auf Basis der neuen Statistik solle die Staatsregierung dann ein wirksames Konzept mit Maßnahmen erstellen. Den Einsatz von Ombudslauten, wie von der SPD gefordert, lehnten CSU und Freie Wähler ab.

Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes, hatte an der Sitzung teilgenommen und lobte das Engagement der Abgeordneten. „Alle Fraktionen stehen hinter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Das ist deutlich geworden und das freut uns.“ Finanzminister Albert Füracker (CSU) kündigte an, dass ein erstes Konzept bereits in den nächsten Wochen vorgestellt werde. „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist leider ein zunehmendes Problem“, sagt er. Dem müsse man konsequent entgegenreten. dg